

KOSTENLOS

# Gegegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 162

Wilhelmshaven

Oktober 2000

## Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt und die neue Strategie der Bundeswehr Seite 7



**Veranstaltung des Antifaschistischen Bündnisses Wilhelmshaven mit Jürgen Elsässer**  
Mittwoch, 18. Oktober 2000 um 20.00 Uhr im  
Gewerkschaftshaus, Kieler Straße 63

### Guide

Wie Flüchtlinge im eigenen Land fühlen sich viele misshandelte Frauen in Deutschland - dass es anderswo auch anders geht, zeigt unser Bericht über eine Podiumsdiskussion auf [Seite 3](#).

Die Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Betriebsrat klappt bei der Wilhelmshavener Wohnungsgesellschaft „Spar & Bau“ nicht so richtig. Nach Gutsherren-art waltete dort der Vorstand. [Seite 4](#).

Dem anstrengenden Beruf der Mütter wird meist wenig Aufmerksamkeit geschenkt - im neuen Mütterzentrum in Bant und auf [Seite 5](#) stehen sie im Zentrum des Interesses.

Die Prognose ist nicht schlecht: Die Bevölkerung Deutschlands wird bis 2040 um 25% abnehmen. Der einzige Weg zur Erhaltung des lieb gewonnenen Wohlstands ist, so scheint es, die Öffnung der Grenzen für Einwanderer. Warum der erste Versuch (Green-Card) scheiterte und viele andere Informationen bieten wir auf [Seite 6](#).

„Houston – Wir haben ein Problem!“ – Dieses Zitat aus dem Film ‚Apollo 14‘ kann wohl auch Michael Kundy vom APOLLO in den Äther senden. Auf [Seite 8](#) erfahren Sie mehr.

Die Diakonie schließt ihre Abgabestelle für Methadon. Doch was passiert mit den Drogenabhängigen? Tut sich da etwas? „Es hat sich was!“ ist unser Artikel auf [Seite 9](#) überschrieben.

Nicht fehlen darf der JadeWeserPort. Auf [Seite 10](#) untersuchen wir, wie viele Arbeitsplätze indirekt durch einen solchen Hafen entstehen.

Das Rote Kreuz entwickelt sich langsam zu einem Dauerthema im Gegenwind. Neue Informationen auf [Seite 11](#).

Die ersten Ratssplitter nach der Sommerpause können Sie auf [Seite 11](#) einsammeln.

Titelbild: Rolf Meier

# Nachrichten

## Der Aufsatzwettbewerb: DIE ZUKUNFT DES STADTNORDENS

Ein Beitrag zur Wilhelmshavener Expo und zum geplanten Städtebauvorhaben „Soziale Stadt“



Der Förderverein City-Nord initiiert in Zusammenarbeit mit dem Hilfeverbund Wilhelmshaven des SOS-Kinderdorf e.V. und dem Stadtteilhaus F'grodan der GPS einen Aufsatzwettbewerb. Unterstützt wird dieser Wettbewerb von der Gerd-Möller-Stiftung und der Wohnungsbaugesellschaft Jade.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene entwickeln Visionen und Utopien für die Zukunft des Stadtnordens, eine Zukunftswerkstatt entsteht: Wie bleibt der Stadtnorden weiterhin lebens- und liebenswert? Was sollte mit dem Programm „Soziale Stadt“ neu gestaltet werden? Wie wirkt sich der vielleicht entstehende Jadeport aus? Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten im Stadtnorden? Wie entwickeln sich die Freizeit-, Sport- und -Kulturqualitäten im Stadtnorden? Wo sollten Politiker, Kaufleute, Städteplaner, Jugendeinrichtungen etc. etwas tun?

Einsendungen bis zum  
Freitag, 20. Oktober 2000 an:  
Förderverein City Nord  
Posener Straße 46  
26388 Wilhelmshaven

Die SOS-Beratungsstelle hat während der Zeit des Aufsatz-Wettbewerbes eine Info-Hotline eingerichtet. Montags zwischen 14.00 Uhr und 18.00 Uhr, Dienstags und Donnerstags zwischen 17.00 Uhr und 21.00 Uhr ist diese Hotline unter der Nummer 913370 zu erreichen. Hier können auch die Teilnahmebedingungen abgefragt werden. Ansprechpartner ist Andreas Koüt.

**Die Hintergründe:** Ziel ist es, gemäß den neuen Regeln der an der Lebenswelt u.a. Jugendlicher orientierten Stadtteilarbeit die Alltagsbedürfnisse junger Menschen in zukünftige Planungen einfließen zu lassen, verschiedene Bedarfe, Wünsche und Erwartungen unter „einen Hut“ zu bekommen,

jungen Menschen Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu eröffnen und damit eine Zukunftswerkstatt für das geplante Förderungsvorhaben „Soziale Stadt“ entstehen zu lassen.

Junge Menschen dokumentieren die Orte und Institutionen, die ihre Lebenslagen, ihre Lebenssituation bestimmen, wie z.B. Familie, Schule, Ausbildung und Freizeittreffpunkte, entwickeln Perspektiven, Visionen und Utopien.

Neue Wege werden beschritten mit einem stadtteilbezogenen Handlungsansatz, der Anregungen z.B. für Politiker, Gewerbetreibende, Wohnungsbaugesellschaften, Zentrumsplaner, Sportvereine, Discobesitzer, Bürgervereine, Sozialarbeiter und Jugendhilfeträger einholt.

So werden neue Ideen für zukünftige Planungen im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ und innerhalb der Stadtteilkonferenz Nord gesammelt, ein Ideenpool aufgemacht, überschaubare Befriedigungsmöglichkeiten in kritischen Bereichen eröffnet: Junge Leute erhalten Möglichkeiten, sich mit ihren Vorstellungen und Wünschen zu beteiligen, die „sonnigen“, die ausbaufähigen Bereiche des Stadtnordens ebenso wie die „dunklen“ Seiten auf ihre Art zu dokumentieren und Visionen für die Zukunft zu entwickeln. (ub)

## NATURATA

Das  
Fachgeschäft  
für Naturkost  
und  
Naturwaren

Obst + Gemüse  
Täglich frische Backwaren

Wilhelmshaven  
Gökerstraße 58

### HASS & PROPAGANDA

im Internet sind Thema eines Informationsabends, zu dem das Antifaschistische Bündnis Wilhelmshaven alle politisch interessierten Bürger/innen **am 7. November 2000 um 20 Uhr (Gewerkschaftshaus WHV, Kieler Str. 63)** einlädt. Auch wer nicht mit der Nutzung des Internet vertraut ist, kann erfahren, wie sich die Rechten moderner Kommunikationstechnik bedienen. Ein Referent der VHS vermittelt aktuelle Einblicke ins Internet, informiert zu Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen und Parteien sowie deren gesellschaftlicher Verankerung. (iz)

**SUSANNES OHRRING**  
Gökerstr. 39 Tel+Fax 31880

**Herbstaktion:  
100 Paar Ohrringe  
zum Teil mit  
Halbedelstein**

**Paar 29.- DM**

Durchgehend geöffnet  
9.30 - 18.30; Sa. 9.30 - 13.00

### KURZFILMFESTIVAL

Vom 18.10-22.10.2000 findet in Wilhelmshaven das 8. Internationale Kurzfilmfestival „Der Eisenstein“ statt. Gezeigt werden insgesamt 551 Minuten Film im Pumpwerk sowie im Filmkunst kino Apollo. Aus 355 Einsendungen wurden 51 Filme von 2 bis 29 Minuten ausgewählt, die um das Urteil der Fachjury konkurrieren. Die Beiträge stammen aus 10 Ländern. Zu sehen sein werden Kurzfilme aus allen Genres, vom Kurzspielfilm über Dokumentarfilme bis zu Animationen und Filmexperimenten. (ft)

### ZUM TITELBILD

Es ist nicht gerade üblich, dass der Gegenwind nicht auf Wilhelmshaven bezogene Informationen auf die Titelseite bringt. Doch die unrühmliche Rolle Deutschlands im Krieg gegen Jugoslawien geht uns alle an. Wir hoffen, dass, vielleicht auch durch unser Titelbild, viele WilhelmshavenerInnen zur Veranstaltung kommen. (hk)

### IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein  
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr.33  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421/ 99 49 90  
Fax: 04421 / 99 49 91

email: gegenwind.whv@t-online.de  
Internet: <http://www.gegenwind-whv.de>

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Hilde Wessendorf, Imke Zwoch;

Druck: Beta-Druck Auflage: 5.000 Ex.

Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,  
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint nach Möglichkeit alle 4 Wochen (jeweils zum Monatsbeginn)

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 04.10.2000

Red.-Schluß der nächsten Ausgabe: 24.10.2000

\*\*\*\*\*

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

# FLÜCHTLINGE IM EIGENEN LAND

**VEREIN „WIR ALLE HELFEN...“ FORDERT: „WEG MIT DEM GEWALTTÄTIGEN MANN“ – POLIZEI SOLL GEWALTTÄTIGE MÄNNER AUS DER WOHNUNG WEISEN DÜRFEN**

(ub) Flucht vor so genannter „häuslicher Gewalt“ – 50.000 Frauen fliehen jedes Jahr in Deutschland aus ihrer Wohnung und finden Obdach in einem Frauenhaus. Auf Einladung des Vereins „Wir alle helfen – Männergewalt gegen Frauen zu bekämpfen WHV/FRI e. V.“ zeigte Rosa Logar aus Wien, Mitbegründerin des europäischen Netzwerkes gegen Gewalt WAVE, wie man in Österreich dem Gewalttäter die rote Karte zeigt: per „Wegweisung“ und befristetem Rückkehrverbot.

Roswitha Hanig, Mitarbeiterin im Wilhelmshavener Frauenhaus, verdeutlichte an Hand eines durchaus typischen Frauenhausschicksals zu Beginn der Veranstaltung am 23. September im Kinopolis die Problematik. Frau K. aus Essen verlässt mit ihrem Kind ihren gewalttätigen Mann und findet in Wilhelmshaven eine neue Bleibe. Ihr Noch-Ehemann setzt ihr nach, lauert ihr auf. Er schlägt sie wieder, vergewaltigt sie, sperrt sie ein und nimmt das gemeinsame Kind als Geisel. Frau K. flüchtet erneut. Mit ihrem Kind kommt sie im Frauenhaus unter. Der Mann weigert sich, die Wohnung zu verlassen. Später gelingt Frau K. die Rückkehr in ihre Wohnung. Neue Schlösser sollen dem Gewalttäter den erneuten Zugang verwehren. Doch dieser dringt wieder gewaltsam ein. Das Martyrium wiederholt sich und wieder muss Frau K. ins Frauenhaus fliehen. Sie ist „Flüchtling im eigenen Land“, titulierte treffend Helmut Tietken, von Beruf Kriminalbeamter, Mitglied des Vereins „Wir alle helfen...“ und an diesem Abend gemeinsam mit der Frauenbeauftragten der Gemeinde Schortens Doris Fuhlbohm Moderator der Veranstaltung „Häusliche Gewalt – Opfer schützen, Täter stoppen“.

Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder, so die Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Gila Altmann, wird meist immer noch als Privatsache, als Familienangelegenheit angesehen. Die eigenen vier Wände, so Altmann, sind „für Frauen der gefährlichste Ort.“ „Familienstreit in der Mozartstraße 15“, so lautet in der Regel der Funkspruch der Polizeizentrale an einen Streifenwagen, wenn eine Frau um Hilfe bittet. Schon hier, so der Oldenburger Kriminalbeamte Helmut Tietken, werde ein falsches Signal gesetzt. „Gewalt wird angewendet in der Mozartstraße 15“ müsste es richtigerweise heißen.

In Österreich ist man weiter. Die Diplom-Sozialpädagogin Rosa Logar zeigt auf, wie die Polizei im benachbarten Alpenland auf häusliche Gewalt reagiert. Die rechtliche Grundlage ist allerdings auch eine ganz andere. Seit dem 1. Mai 1997 ist das sogenannte Wegweisegesetz („Bundesgesetz zum Schutz bei Gewalt in der Familie“) in Kraft. Vor allem Frauenorganisationen wollten die paradoxe Situation, dass der gewalttätige Mann sich weiter in Freiheit in eigener Wohnung, die geschlagene Frau sich hinter den Gittern eines Frauenhauses verstecken muss, nicht länger hinnehmen. Der Polizei war es zunehmend unerträglich geworden, dass ihr kein wirkungsvolles Instrument zum Eingreifen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Familie zur Verfügung stand. Das ist jetzt anders. Die österreichische Polizei kann (und muss!) in Akutsituationen sofort handeln. Sie muss auch präventiv, wenn ihren Eindrücken zufolge Gewalt bevorsteht (!) – notfalls auch gegen den Willen der bedrohten Frau – gegen den Mann eine sogenannte „Wegweisung“ durchführen. Mindestens sieben Tage ist es bei Androhung von Haftstrafe dem Mann ab sofort untersagt, die gemeinsame Wohnung zu betreten. Die Polizeibeamten eskortieren den Mann hinaus und schicken in den nächsten 2 - 3 Stunden per Fax einen ausführlichen Bericht an eine private (!) Opferschutz Einrichtung (z. B. Frauenhaus), die dann auf eigene Initiative zum Zwecke unverzüglicher weiterer Schutzmaßnahmen mit der bedrohten Frau Kontakt aufnimmt.

Frau Nicole Zündorf-Hinze vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend war eingeladen, um an diesem Abend die Initiative der Bundesregierung „Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung häuslicher Gewalt“ vorzustellen. War noch das Referat von Rosa Logar ein leidenschaftliches Plädoyer gegen gewalttätige Männer und für ein konstruktives Miteinander fortschrittlicher privater Organisationen mit Polizei und Justiz zum Zwecke eines wirksamen Schutzes von Frauen und Kindern vor Gewalt, so verhedderte sich Frau Zündorf-Hinze in administrativen Fallstricken im Stile von Regierungserklärungen, wie sie uns noch zu Zeiten Kohls von beispielsweise Claudia Nolte präsentiert wurden. Laut Zündorf-Hinze gilt es zunächst einmal unterschiedliche Kompetenzen von Bund, Ländern und Ge-



meinden zu berücksichtigen. Internationale Erfahrungen müssen ausgewertet werden. Studien muss man anfertigen. EU-Kommissionen, umfassende Konzepte, Gremien mit allumfassenden Beteiligungen, eine Bund/Länder-Kommission zum Thema „häusliche Gewalt“ und sorgfältige Prüfung präventiver Ansätze sowieso, auf jeden Fall strukturelle Maßnahmen – die Bundesregierung widmet sich dem Thema grundsätzlich und wohl auch noch länger. Erste Erfolge auf dem Weg zur Erstellung zivilrechtlicher Maßnahmen, die sich an österreichischer Gesetzgebung orientieren, kann Frau Zündorf-Hinze vorweisen. Eine Sondermarke (1,10 DM) mit der Aufschrift „Gewalt gegen Frauen“ „soll zur Sensibilisierung“ (Z-H) beitragen. Eine CD-ROM mit Infos für Betroffene (!) ist in Arbeit. Frau Dr. Gesa Schirmacher von der Niedersächsischen Landesregierung räumt denn auch ein, dass es wohl noch lange brauchen wird, „bis ein den österreichischen Verhältnissen vergleichbares Gesetz Anwendung finden kann.“ Bis dahin, so Gila Altmann „muss die Polizei Gewalt in Familien ernst nehmen“ und es muss „ein gesellschaftlicher Konsens bestehen darüber, dass Gewalt gegen Frauen kein Kavaliersdelikt ist!“ Organisationen wie der Verein „Wir alle helfen...“, in der private Schutzorganisationen, Beratungsstellen, Selbsthilfeeinrichtungen und Vertreter der Polizei gemeinsam informieren, leisten hierfür einen wichtigen Beitrag, und sie können wie ursprünglich auch in Österreich entsprechende Gesetzesinitiativen in die Wege leiten. □

**Wir alle helfen – Männergewalt gegen Frauen zu bekämpfen WHV/FRI e.V.**

Nächstes Vereinstreffen: 12.10.2000 um 20 Uhr im Gemeindehaus der Banter Kirche

Vereinstelefon: 04421/303366  
c/o Frauenbeauftragte Gemeinde Schortens, Doris Fuhlbohm,  
Tel.: 04461/982204

**TRIANGEL**  
second-hand-shop

An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics  
u.v.m.

Bahnhofstraße 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
Tel. (04421) 4 21 84

# L'ÉTAT C'EST MOI - ODER WIE?

## NICHT NUR BEI DER STADTVERWALTUNG HERRSCHTE SONNEMANN NACH GUTSHERRENART

(noa) In den letzten Jahren schaute ganz Wilhelmshaven auf die Wohnungsbaugesellschaft Jade. Das Hin und Her um geplätzte Verkaufspläne, schwindeliges Leasingmodell und schließlich Verkauf band die Aufmerksamkeit. Währenddessen tat sich unbenutzt auch einiges bei der Spar&Bau.

Mit dem Slogan „Gut wohnen“ präsentiert sich diese Wohnungsbaugesellschaft in ihrem Inserat im Örtlichen. Dort sind auch die kostenfrei anzuwählenden Servicenummern (0800) angegeben, bei denen Mieter, Mitglieder und Interessenten sich informieren oder beschweren können.

Gut wohnen kann man wohl bei der Spar & Bau, aber gut arbeiten eher nicht.

Z.B. die bewussten Servicenummern: Bei Einrichtung einer solchen Anlage bietet die Telekom einen Sonderservice in Form einer Basisstatistik. Wie oft die Serviceline genutzt wird, wie schnell der Anruf beantwortet wird, wie viele Anrufe nicht beantwortet werden, kann der Betreiber der Anlage sich zurückmelden lassen. Der Vorstand der Spar & Bau verwendete nun diese Informationen zur Disziplinierung der MitarbeiterInnen. Eine solche Maßnahme ist mitbestimmungspflichtig, doch Hans-Georg Sonnemann, damals noch Vorstandsvorsitzender, hielt es nicht für nötig, die Zustimmung des Betriebsrates einzuholen oder ihn auch nur darüber zu informieren.

Das Thema ist mittlerweile erledigt. Das Arbeitsgericht urteilte jüngst, dass die Spar & Bau die Anlage nicht mehr betreiben darf. Es hätte ausgereicht, die Gesellschaft als Arbeitgeber zur Unterlassung der Überwachung zu verurteilen, doch da sich der Vorstand während des Verfahrens nicht im Gerichtssaal blicken ließ und deshalb nicht darlegen konnte, dass er die Überwachung einstellen wird, fiel das Urteil etwas gründlicher aus.

Dies ist nicht der einzige Punkt, an dem Sonnemann, vormals Leiter des Bauordnungsamtes und von damals schon bekannt für seinen Führungsstil nach Gutsherrenart, bei der Spar & Bau die Mitarbeiterrechte missachtete. Nach der letzten Betriebsratswahl versuchte er, die Anwesenheit der Gewerkschaftsvertreter bei der ersten Betriebsversammlung zu verbieten. Als dennoch Gewerkschaftsfunktionäre eingeladen wurden und teilnahmen, bekam der Betriebsratsvorsitzende deswegen eine Abmahnung.

Ebenfalls am Betriebsrat vorbei, ohne dessen Zustimmung und ohne ihn auch nur in Kenntnis zu setzen, begann die Spar & Bau in Sonnemanns Amtszeit eine Umstrukturierung. Seit zwei Jahren prangt am Eingang in der Grenzstraße ein Schild mit der Aufschrift „Spar & Bau Immobilien GmbH“. Zu dieser Zeit wurden die Beschäftigten einzeln zum Vorstand gebeten und aufgefordert, bei der Umstrukturierung mitzuziehen, andernfalls würden sie „hinten runterfallen“. Über Neueinstellungen wurde der Betriebsrat nicht informiert. Die Argumentation, der Betriebsrat sei ja für die Beschäftigten der Spar & Bau eG

zuständig, jetzt aber arbeite die Spar & Bau Immobilien GmbH, mochte das Arbeitsgericht nicht mittragen. Es urteilte, dass das Handeln der GmbH in Vorbereitung in Wirklichkeit das Handeln der Genossenschaft ist und der Betriebsrat sehr wohl zuständig und gemäß Betriebsverfassungsgesetz zu beteiligen ist. Die GmbH existiert immer noch nur auf dem Schild am Eingang und laut Telefonbucheintrag; bezüglich der Änderung der Rechtsform ist die geplante Umstrukturierung erst mal stecken geblieben.



Bezüglich der Organisation der Arbeit hat die Umstrukturierung stattgefunden. Es wurden Teams gebildet, von denen die beiden Bestandsteams, die sich um die gut 3000 Wohnungen und die Mieter kümmern, hoffnungslos überlastet sind und ständig ihr Arbeitszeitkonto auffüllen. Die je drei Mitglieder dieser beiden Teams – zwei Mieterbetreuer und ein Objektbetreuer – sollen nun nach den Vorstellungen des Vorstandes auf einem Formular nachweisen, wofür sie die Mehrarbeit geleistet haben. Der Betriebsrat hat auch dieser Maßnahme nicht zugestimmt, weswegen nun Mehrarbeit, die über 12 Stunden im Monat hinausgeht, nicht bezahlt und nicht als Arbeitszeitguthaben in den nächsten Monat mitgenommen werden soll.

Auch bei der Einstellung neuer Mitarbeiter klappt die Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Betriebsrat nicht. Der Vorstand informiert und beteiligt die gewählte Interessenvertretung der Beschäftigten nicht. In neu abzuschließenden Arbeitsverträgen steht, dass der Arbeitgeber die „beiliegende Stellenbeschreibung“ jederzeit ergänzen oder ändern kann, während eine Stellenbeschreibung weder dem Vertrag bei- noch sonst irgendwo liegt. Auch in dieser Frage trafen sich Vorstand und Betriebsrat vor dem Arbeitsgericht wieder. Das Arbeitsgericht forderte den Vorstand der Spar & Bau auf, sich künftig an das Betriebsverfassungsgericht zu halten.

Sonnemann hat seinen Vorstandsposten nach Vollendung seines 65. Lebensjahres geräumt. Jetzt gehört Dr. Hans-Joachim Gottschalk dem Vorstand an. Er hat zugesichert hat, das Gesetz zu beachten. Ob damit wieder Frieden einkehrt, bleibt abzuwarten. □

**KULTUR - KOMMUNIKATION**

**HOTEL KLAWG KLAWG**

**WHV Zentrum**  
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr  
**MUSIK FÜR DICH**

**Frühstücken  
Partys - Konzerte**

**2.10. EINHEITSBEAT  
& MAUERROCK**

**Freitag, 6.10.**  
**GLOOMY FRIDAY**  
EBM - 80's - DarkWave - event

**Dienstag, 10.10. ?**

**- KONZERT DES MONATS -**

**Freitag, 13.10.**  
**TEN COLORS**  
Reggae !

**- KONZERT DES MONATS -**

**20. OKTOBER**  
**GLAM ROCK DAY**

**27. OKTOBER**  
**HARD POP DAY**

**Rechtschreibwerkstatt**

Anette Nowak und  
Herward Meier  
Legasthenietherapie  
Lese-/Rechtschreibtraining  
Diagnose und Beratung  
Auskunft und Anmeldung  
04421 - 99 64 70

# MÜTTER IM ZENTRUM

## DER SOS-KINDERDORF E.V. GRÜNDET NEUE EINRICHTUNG IM STADTTEIL BANT

(ub) Direkt am Banter Markt und somit an zentraler Stelle im Stadtteil Bant hat eine neue soziale Einrichtung Mitte September ihre Türen geöffnet. Das Mütterzentrum des SOS-Hilfeverbundes lädt vormittags zum Frühstück im Café sowie zum Stöbern im Secondhandladen ein. Mütterzentrum – der Name ist Programm, denn Mütter stehen im Zentrum dieser Einrichtung, die in sinnvoller Weise Kommunikation, Freizeit und Arbeit miteinander verbinden will.

Der alten Poststelle am Banter Markt trauern die alteingesessenen „Banter Briten“ wohl immer noch nach. Viele kleine Läden und Handwerksbetriebe im Stadtteil Bant haben in den letzten Jahren schließen müssen oder fielen oftmals zweifelhaften Modernisierungsprozessen zum Opfer. So auch die Banter Postfiliale, die für viele Bewohner des Stadtteils Bant mehr war als nur eine Abgabestelle für Päckchen und Pakete.

### Treffpunkt im Stadtteil

Vielleicht so wie früher mal die Post, könnte jetzt das in den Räumlichkeiten der ehemaligen Postfiliale in der Werftstr. 45 neu entstandene Mütterzentrum ein zentral gelegener Treffpunkt im Stadtteil werden. Dieses Angebot des SOS-Hilfeverbundes soll eine Einrichtung werden, in der vor allem Frauen mit ihren Kindern mit viel Phantasie und persönlichem Engagement ihren Lebensalltag verbessern können. Zentrales Angebot als kommunikativer Kern des Mütterzentrums ist das offene Café. Dieses Café prägt das äußere Erscheinungsbild der Einrichtung, ist Kommunikationsmittelpunkt und Ausgangspunkt vielfältiger Aktivitäten. Das kleine Frühstück zu 3,- DM, der Becher Kaffee für 1,50 DM – die Preise im Café entsprechen den sozialen Bedingungen der BesucherInnen. Besonders alleinerziehende Mütter leben oftmals in Armutsverhältnissen. Ausländische Frauen sind überproportional häufig ohne Erwerbseinkommen. Die Ballung sozialer Benachteiligung im Stadtteil war mit ausschlaggebend für die Standortwahl. Doch längst nicht nur die Preise im Café und Secondhandladen des Mütterzentrums machen den Unterschied zu gewerblichen Angeboten aus.

### Die Kinder sind immer dabei

Das Mütterzentrum ist generell offen für Menschen aller Altersgruppen. Hier sollen sich Gleichgesinnte treffen, die miteinander Spaß haben möchten und die auch gemeinsam über ihre Probleme sprechen wollen. Grundsätzlich gilt: Kinder können und dürfen immer mit dabei sein. Eltern müssen ihre Kinder nicht „wegorganisieren“, wenn sie an Aktivitäten und Kommunikation teilnehmen wollen. Ein großer und kindgerecht fröhlich eingerichteter Kinderspielraum direkt im Anschluss an das Café lässt bei den kleinen Besuchern keine Langeweile aufkommen, und so können die Mütter entspannt beim Kaffee ein wenig Freizeit genießen, aber auch sich mit anderen Besucherinnen beispielsweise über alltägliche Erziehungsfragen austauschen. Das Mütterzentrum will auch ein Ort

sein, wo Frau Beratung und Information erhalten kann. Ausgehend von der Annahme, dass Mütter Expertinnen für Erziehungsfragen, Partnerschaftsfragen und Fragen des familiären Lebens sind, findet hier Beratung alltagsnah von Frau zu Frau ohne die Hemmschwelle des herkömmlichen Beratungssettings statt.

### Geld verdienen im Mütterzentrum

Die Mitarbeit im Mütterzentrum wird bezahlt. Mütter bekommen die Chance, eigenes Geld zu verdienen. Mütter sind nicht nur Besucherinnen, sondern auch Arbeitnehmerinnen. Sie übernehmen verantwortlich und ihren eigenen Fähigkeiten entsprechend Tätigkeiten und werden hierfür vertraglich geregelt bezahlt. Schon in der Anfangsphase sind acht Frauen stundenweise beschäftigt und übernehmen wechselseitig den Cafédienst, die Kinderbeaufsichtigung im Spielzimmer und die Betreuung des Secondhandladens. Auch hier gilt wieder das Prinzip: Kinder sind immer dabei. Die im Mütterzentrum beschäftigten Frauen bringen ihre Kinder mit. Gemeinsam wird, auch mit Unterstützung der Besucherinnen, der Alltag so organisiert, dass Arbeit und Kindererziehung parallel stattfinden kann.

### Prinzip Laien helfen Laien

Die Mitarbeiterinnen des Mütterzentrums berichten über einen erfreulich guten Zulauf im Café und Secondhandladen. Das Angebot soll jedoch kontinuierlich weiter wachsen. Jeden Dienstag stellt sich die Hebamme Inge Heimann beim sogenannten „Treffpunkt Bauchladen“ im Café für Fragen rund um Schwangerschaft und Geburt zur Verfügung. Geplant sind außerdem Gesprächskreise, Kursangebote, Vorträge, Veranstaltungen, Flohmärkte und gemeinsame Aktionen. Ein Großteil der zukünftigen Angebote wird abhängen von der Mitarbeit der Besucherinnen. Denn nach dem Prinzip Laien helfen Laien richtet sich die Angebotsstruktur in den Mütterzentren nach dem, was Besucherinnen an eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten weitergeben können. Wenn dann aus Besucherinnen Mitarbeiterinnen werden, entsteht ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis mit entsprechendem Arbeitsvertrag. Sozialhilfeempfängerinnen sind bei diesen geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen in der Regel von der Zahlung von Steuern befreit. Im Bundessozialhilfegesetz ist geregelt, dass in festgelegten Grenzen zusätzlich zum Sozialhilfebezug Geld dazu verdient werden darf. Gezahlt wird im Müt-



terzentrum ein Einheitslohn für alle Tätigkeiten. „Beispielsweise Frauen, die aufgrund früher Mutterschaft keinen Beruf erlernen konnten bzw. eine begonnene Ausbildung abbrechen mussten, gibt das Mütterzentrum die Möglichkeit, eigenes selbst verdientes Geld zu bekommen. Ziel ist es hierbei, neben der Verbesserung der materiellen Situation, dass Besucherinnen (wieder) ein berufliches Selbstwertgefühl aufbauen...“ (aus der Mütterzentrumskonzeption)

### Finanzierung

Wenn auch der SOS Kinderdorf e.V. einen beträchtlichen Teil insbesondere der Anschubfinanzierung und der Personalkosten für die Laienhelferinnen übernimmt, wäre das Mütterzentrum fraglos ohne die politische und materielle Unterstützung der Stadt Wilhelmshaven nicht entstanden. Jugendhilfeausschuss, Jugendhilfeplanung, Stadteilkonferenz Süd und die Frauenbeauftragte beispielsweise haben nach Aussage des Mitarbeitererteams entscheidenden Anteil am Zustandekommen dieser Einrichtung. Mittelfristig soll erreicht werden, dass analog zur Entwicklung der meisten der ca. 350 Mütterzentren in der Bundesrepublik durch Einnahmen aus den verschiedensten Angeboten eine kostenneutrale Entwicklung stattfindet. □

### Das Café und der Secondhandladen haben geöffnet:

Montag bis Freitag und Sonntag jeweils 10 – 13 Uhr

Der „Treffpunkt Bauchladen“ findet jeden Dienstag in der Zeit von 10 – 12 Uhr statt.

Im **Secondhandladen** wird Kommissionware am Montag und Dienstag jeweils von 10 – 13 Uhr entgegengenommen.

Wer kostenlos Baby- und Kinderbekleidung abgeben möchte, kann sich während der Öffnungszeiten an die Mitarbeiterinnen wenden.

Auf Wunsch können **Kleiderspenden** auch abgeholt werden. Die Mitarbeiterinnen sind unter der Telefonnummer des SOS-Hilfeverbundes 04421/12711 erreichbar.

# LIEBER NACH AMERIKA

## EINWANDERUNG, EINBÜRGERUNG UND INTEGRATION AUS BEVÖLKERUNGSWISSENSCHAFTLICHER SICHT

(noa) Etwa 40 Menschen deutscher und ausländischer Herkunft hörten und diskutierten am 24. September im Gemeindehaus der Christus- und Garnisonkirche den Vortrag „Deutschland im Spiegel von Zuwanderung und Integration“. Das Referat beschloss das „Multikulturelle Café“ im Rahmen der Interkulturellen Woche 2000 als Teil der „Kirche am Meer“.

Prof. Dr. Rainer Münz, Bevölkerungswissenschaftler an der Humboldt-Universität Berlin und Mitglied der jüngst gegründeten Einwanderungskommission, kam am Ende gar nicht mehr auf die angekündigten Punkte „Schutzgesetze gegen Diskriminierung“ und „Einwanderungsgesetz“ zu sprechen, da sich schon nach dem geschichtlichen und soziologischen Teil eine rege Diskussion entspann.

Die Deutschen tun sich schwer mit der Einwanderung, denn Deutschland war bis vor einem halben Jahrhundert immer ein Auswanderungsland, so die erste These des Referenten. Aus Europa sind seit Beginn der Neuzeit insgesamt 60 Millionen Menschen nach Übersee bzw. nach Asien ausgewandert. Aus religiösen, politischen oder ökonomischen Gründen verließen zahlreiche Deutsche ihre Heimat, und das Deutsche Reich wie auch Preußen vorher sprach den Ausgewanderten nach zehn Jahren die Staatsbürgerschaft ab, damit diese Menschen im Ausland blieben.

Erst um die Mitte des 20. Jahrhunderts kehrte sich das Verhältnis um. Die Nazis hatten noch eine halbe Million Menschen in eroberte Gebiete umgesiedelt. Nach dem 2. Weltkrieg gab es eine massive Zuwanderung, zunächst durch die aus den ehemaligen deutschen Gebieten Vertriebenen, ab den 50er Jahren durch die Anwerbung von Gastarbeitern. Insgesamt verzeichnet Deutschland seither ein Plus von mindestens 12 Millionen Menschen. Vier Millionen kamen als Aussiedler aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten; bei dieser Zuwanderung gab es eine Spitze zu Beginn der 90er Jahre, wöjährlich 400.000 Menschen (im Vergleich zu 100.000 heute) nach Deutsch-

land kamen. Während dieser ganzen Zeit wurde immer behauptet, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Doch es kamen in diesem Zeitraum 30 Millionen ausländische Menschen nach Deutschland; 20 Millionen verließen Deutschland wieder.

Über die Ausländer weiß die Bevölkerungswissenschaft wesentlich mehr als über die Aussiedler. Das liegt am unterschiedlichen Status: Die Aussiedler bekommen deutsche Pässe und verschwinden damit aus der gesonderten statistischen Erfassung. Die Ausländer bleiben bis auf wenige Ausnahmen Ausländer und sind im Ausländerzentralregister erfasst. Dadurch weiß man z.B., dass 1,5 Millionen in Deutschland geborene Menschen einen ausländischen Pass haben.

Diesbezüglich gibt es seit dem 1.1.2000 neues Recht: Hier geborene Kinder sind automatisch Deutsche. Sie müssen sich zwischen ihrem 18. und 23. Jahr zwischen der deutschen Nationalität und der ihrer Eltern entscheiden.

Bei der Einbürgerung von Menschen ausländischer Herkunft gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern, und zwar unabhängig von der politischen Farbe der Landesregierung. Bundesdurchschnittlich werden pro Jahr 1 % der Ausländer eingebürgert. Die im Vergleich zu anderen Ländern sehr zögerliche Einbürgerung liegt nicht nur daran, dass die Behörden es den Einbürgerungswilligen schwer machen. Die Hälfte aller in Deutschland lebenden Ausländer sind schon seit über zehn Jahren hier und könnten ohne weiteres einen entsprechenden Antrag stellen, doch nur wenige sind interessiert.

## Kommentar

Wie organisiert sich eine Gesellschaft, die überwiegend aus alten Menschen besteht? Wer produziert die Waren, die benötigt werden? Wer zahlt unsere Rente, wer kauft unsere wegen Alterssicherung zugelegten Aktienpakete, wer schiebt unseren Rollstuhl? Alterspyramide, Geburtenrate und Sterbestatistik. Prof. Dr. Rainer Münz' Zahlenmaterial belegt eindeutig: Deutschland vergeist. Weil ähnliche Bevölkerungsentwicklungen in ganz Nord- und Westeuropa drohen, müssen wir uns sputen. Der Wettlauf um Zuwanderung beginnt jetzt. Wer nicht will, dass in spätestens 20 Jahren das Rentenalter auf 75 heraufgesetzt wird und die Wochenarbeitszeit auf 50 Stunden ausgedehnt wird, muss jetzt sicherstellen, dass genügend Menschen aus aller Welt den Standort Deutschland zu ihrem Lebensmittelpunkt wählen. Solche Flops wie die Greencard-Aktion darf man sich nicht oft leisten. Wir müssen junge Menschen auffordern, zu uns zu kommen aus all den Regionen, die bisher lediglich als Rohstofflager oder folkloristisch attraktiver Reproduktionsort mit Sonnengarantie bekannt waren. Ausländer werden gebraucht, sie sichern unsere Zukunft!

Wenn so gedacht wird, mag es durchaus zur Folge haben, dass sich die objektive Sicherheitslage eines jungen arbeitsfähigen Schwarzafrikaners in Mecklenburg-Vorpommern entscheidend verbessert. Sei es, weil auch dem einfältigsten Glatzkopf bewusst wird, dass seine Rente in Gefahr ist, oder sei es, weil ein starker Staat wieder das Gewaltmonopol in die Hand nimmt und ausschließlich selbst bestimmt, wer hier von Nutzen ist. Aber - über das primär ökonomische Interessensabwägen wird sich keine Gesellschaft bilden, die den Namen „multikulturell“ verdient. Wirtschaftliche Interessen am ausländischen Mitbürger herauszustellen sind das falscheste Instrument gegen Ausländerfeindlichkeit und für multikulturelle Vielfalt in unserer Gesellschaft.

*Uwe Brams*



Von den hier lebenden Ausländern sind 20 % EU-Bürger und haben, solange sie nicht sozialhilfeabhängig werden, die Garantie, hier bleiben zu können. 40 % haben aus anderen Gründen eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und damit Schutz vor Abschiebung. Kleinere Gruppen halten sich hier zum Zweck einer Ausbildung vorübergehend auf, sind abgelehnte, aber geduldete Asylbewerber oder aus anderen Gründen aufenthaltsberechtigt. Die 18 % „Anderen“, die das Ausländerzentralregister erfasst hat, könnten „Karteileichen“ sein; hierfür spricht die Tatsache, dass bei der letzten Volkszählung 400.000 fehlten.

Wirklich interessant ist die Verteilung der Ausländer nach alten und neuen Bundesländern, besonders, wenn man die Statistik über

Straftaten mit ausländerfeindlichem Hintergrund dazu betrachtet: Lediglich 3 % der Menschen mit fremdem Pass wohnen in den neuen Bundesländern, wo die meisten Übergriffe gegen Fremde stattfinden. In Bundesländern mit einem hohen Anteil ausländischer Mitbürger gibt es deutlich weniger solche Taten. Das spricht für die These, dass die Ausländerfeindlichkeit in dem Maß abnehmen wird, in dem Ausländer zuwandern.

Münz tritt für die Öffnung Deutschlands als Einwanderungsland ein, und er ist dafür, dass Eingewanderte auch schnell eingebürgert werden. Der wichtigste Grund, den er dafür nannte, ist die Entwicklung der Bevölkerungszahl, die man ja gut vorausberechnen kann. Im Jahr 2040 werden in Deutschland 25 Millionen Menschen weniger als heute leben. Die Alterspyramide Deutschlands (wie auch anderer europäischer Länder) wird auf dem Kopf stehen; die zahlenmäßig größte (und dann noch wachsende) Bevölkerungsgruppe werden die Menschen im Rentenalter sein. Die einzige Abhilfe wäre Einwanderung.

Die Erweiterung der Europäischen Union wird keinen nennenswerten Zustrom an Menschen (Arbeitskräften!) bringen, denn in den anderen EU-Ländern (und auch in den nicht der EU angehörenden europäischen Ländern außer Albanien und Kosovo) schrumpft die Bevölkerung.

Eine politische Wende in dem Sinne, dass Deutschland sich zum Einwanderungsland erklärt und Fremde willkommen heißt, ist trotz dieser Daten und Fakten nicht zu erwarten. „Es geht nicht nur darum, was Politiker verstehen und einsehen, sondern auch darum, was mehrheitsfähig ist. Politiker wollen wiedergewählt werden“, gibt Münz zu bedenken. Und selbst, wenn es eine gesetzliche Regelung der Einwanderung gäbe, steht nicht unbedingt zu erwarten, dass ausgerechnet Deutschland zum „gelobten Land“ würde. Münz nannte die Greencard-Aktion einen Test: Sie ist nicht nur deswegen zu einem Flop geworden, weil die Bedingungen für die eingeladenen Arbeitskräfte zu schlecht waren (nur fünf Jahre Aufenthaltserlaubnis, keine Erlaubnis, Familienangehörige mitzubringen), sondern weil die Zielgruppe – Computerfachleute aus Indien – lieber in englischsprachige Länder als nach Deutschland migriert. □

Wilhelmshaven, Kirchreihe 68

So ab 10.30 Frühstücksbuffet 8,90 DM

Mo-Frei ab 9.30 Uhr Frühstück



*A Tribute to  
Real Music*



## KRIEGSVERBRECHEN

**...DER BUNDESREGIERUNG BELEUCHTET JÜRGEN ELSÄSSER IN SEINEM NEUEN BUCH, DAS AM 10. OKTOBER 2000 ERSCHEINT. AM 18. 10. STELLT ES DER AUTOR IN WILHELMSHAVEN VOR.**

(iz / afb) Der letzte Krieg, der maßgeblich von deutschem Boden ausging, ist noch gar nicht lange her. Keine zwei Jahre sind seit dem Einmarsch der Nato im Kosovo vergangen. Angesichts der vorgeschobenen Gründe für diesen Übergriff auf Völker- und Menschenrechte sind kritische und informierte Bundesbürger immer noch fassungslos.

Keine Lüge war zu grotesk, das Schlachten in Gang zu bringen und am Laufen zu halten. Milosevic als Hitler, ein KZ in Pristina, Auschwitz auf dem Amselfeld. Während Nato und CNN sich immerhin die Mühe machten, Video-Aufnahmen zu fälschen, beeindruckte der deutsche Verteidigungsminister durch nackte Wortgewalt: Scharpings Serben, die mit abgeschnittenen Albanerköpfen Fußball spielen und Föten grillen, werden in die Geschichte der Psychopathologie eingehen. In zwei Fällen aber war die Propaganda der rot-grünen Regierung nicht nur obszön, sondern kriegsentscheidend: Durch die Erfindung des „Racak-Massakers“ und des serbischen „Hufeisenplans“ wurde der Weltöffentlichkeit suggeriert, dass Milosevic einen Völkermord plane, der nur durch einen Nato-Angriff zu stoppen sei.

Zweifel und Kritik an diesen Schauernmärchen, die sich in ihrer Widersprüchlichkeit bei genauerem Hinsehen selbst entlarvten, zogen sich durch alle politischen Lager: „Noch nie haben so wenige so viele so gründlich belogen wie im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg“, so der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer, und „dafür sind Menschen gestorben.“ „Neun Monate nach der Stationierung der KFOR im Kosovo stützt nichts die Anschuldigung eines Völkermordes“ (Le Monde Diplomatique, März 2000).

Jürgen Elsässer, Jahrgang 1957, ist nach Meinung des „Spiegel“ ein „Berufszyniker“ mit „altlinken Klischees“, war bis Juni 1997 leitender Redakteur der Berliner Tageszeitung „junge Welt“ und ist seit April 1999 Redakteur der „KONKRET“. Daneben arbeitet er u. a. für die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“, die „Süddeutsche Zeitung“ und den WDR. Sein neues Buch ist eine unverzichtbare Enzyklopädie für alle, die nach

überprüfbaren Fakten gegen die tödliche Propaganda der deutschen Regierung suchen.

**Jürgen Elsässer**

**in Wilhelmshaven:**

**Mittwoch, 18. Oktober 2000,  
20 Uhr im Gewerkschaftshaus,  
Kieler Str. 63**

**Veranstalter: Antifaschistisches  
Bündnis Wilhelmshaven**

*Spenden zur Unterstützung der Veranstaltungsreihe „Beiträge zur politischen Bildung in Wilhelmshaven“ auf das Konto der BLAGAF, Konto 684365 bei der Volksbank Wilhelmshaven, BLZ 282 900 63.*

konkret texte 27  
DM 22,80; ISBN 3-930786-29-X  
(erscheint am 10.10.2000 – auch erhältlich auf der Veranstaltung).

# ENTSCHEIDUNG MIT DEN FÜSSEN

## ÜBER DIE ZUKUNFT DES „APOLLO“ BESTIMMEN LETZTLICH DIE BESUCHER/INNEN - EIN BLICK HINTER DEN VORHANG

(ft / iz) Seit September hat Wilhelmshaven nur noch 2 Kinos. Wie Fachleute seit Eröffnung des „Kinopolis“ vermuteten, musste sich das „kleine“ Filmzentrum am Rathaus als erstes dem übermächtigen Konkurrenzdruck des Konzernfilialisten beugen. Das „Apollo“ steckt die Monopolstrategien des „Kinopolis“ jedoch auch nicht locker weg. Der GEGENWIND sprach mit Michael Kundy, der seit 13 Jahren Wilhelmshavens ältestes und einziges Filmkunst kino betreibt.

Vor 10 Jahren haben wir letztmals mit „Storky“, wie ihn FreundInnen nennen, die Konkurrenzmechanismen der Kinolandschaft analysiert (GEGENWIND Nr. 97 v. Dezember 1990). Im *Prinzip* hat sich seitdem nichts geändert. Nur: Der Markt hat sich zwischenzeitlich noch verschärft; Angebot und Marketing haben den Publikumsgeschmack weiter von Kunst nach Kommerz verschoben. Die bundesweit wie international herrschenden Strukturen greifen in der Provinz wie z. B. Wilhelmshaven noch im Besonderen. Konkret hat hier ein Multiplex-Kino mit 9 Sälen die cineastische Landschaft drastisch verändert.

Der Trend geht zu internationalen Konzernen als Betreibern der Kinozentren. Monopolstellungen werden durch Fusionen von Verleihern und Betreiberkonzernen ausgebaut, mittlerweile auch weitergehend zur Allianz Produzent-Verleiher-Betreiberkette. **Betriebswirtschaft contra Idealismus** Michael Kundy braucht mittlerweile ein 2. Standbein, d. h. er geht einem zweiten Job nach, um sich, seine Familie und das Apollo finanziell abzusichern.

Im Extremfall kommt zur Vorstellung nur ein Besucher. Und der bekommt den Film zu sehen, damit er den unter Umständen weiten Weg nicht umsonst gemacht hat.

Die nackten Zahlen: Tag für Tag müssen etwa 400 DM Fixkosten eingespielt werden. Nur um diese zu decken, müssten bei einem Eintrittspreis von durchschnittlich 9 DM je 15 Besucher (bei 125 Plätzen) die täglich 3 Vorstellungen besuchen. Von jeder verkauften Eintrittskarte erhält der Verleih etwa die Hälfte. Erst dann beginnt die Gewinnspanne, mit der Kundy seine Lebenshaltungskosten decken kann.

Auch wenn Kundy aktuell nicht vom Konkurs bedroht ist, aus betriebswirtschaftlicher Sicht (und ohne die „warme Dusche“, die er jährlich durch den Bundesfilmpreis erhält) hätte er bereits schließen müssen. Jedoch: „Das Apollo ist mein Baby.“ Der Idealismus lässt ihn weitermachen. Weniger für ihn selbst, als für die Wilhelmshavener Kulturlandschaft, für sein Stammpublikum. **Kooperation?**

Schon vor Eröffnung des Kinopolis sprach Kundy mit dem Geschäftsführer der Kinopolis-Kette in Sulzbach (bei Frankfurt), um im

beiderseitigen Interesse das lokale Publikumsinteresse thematisch zu sortieren. Die dort gemachten Zusagen sind jedoch zur hiesigen Geschäftsführung nicht durchgedrungen. Kundy: „Für die gilt auch fürs Apollo: Hauptsache, die Konkurrenz an die Wand drücken.“ Erschwerend kommt hinzu, dass die Kinoketten von den Verleihern bevorzugt werden. Zum Beispiel hatte Kundy „Grasgeflüster“ lange vorbestellt und gute Einnahmen zugesichert. Trotzdem tauchte der Film unversehens zwei Wochen vorm Apollo-Start im Kinopolis auf - „ein Versehen“ räumte der Verleiher ein.

Für Kundy ist die Konsequenz aus dieser Ungleichbehandlung, im Allgemeinen keine Filme mehr zu zeigen, die im Kinopolis laufen. Theoretisch würde dadurch das Apollo-Programm (das übrigens seit 10 Jahren in Folge mit dem Bundesfilmpreis honoriert wird!) noch anspruchsvoller werden. In der Praxis gilt: „Je höher der Anspruch, desto weniger Besucher“, so der Apollo-Chef.

### Wie machen's die anderen?

Der Erfahrungsaustausch mit anderen Filmkunstkinos („art houses“) belegt, dass dort das Publikum (im Gegensatz zu Wilhelmshaven) größere Treue beweist. In Essen konnten nach Abschluss der Monopolschlacht die neben dem Multiplex verbleibenden Programmkinos weitere Standorte eröffnen und sichern.

Was die Besucherzahlen betrifft, geht es dem Kinopolis nicht deutlich besser. Auch dort kann man häufig einen Film in kleiner trauter Runde genießen. Die Kinokette kann das jedoch durch andere Filialen und garantierten Zugriff auf Kassennüller ausgleichen.

### Überlebensstrategien

Vor einigen Jahren bewarb sich Kundy um eine Immobilie, die neben einem ansprechenden Kinosaal auch open-air-Kino und die heutzutage überlebenswichtige Gastronomie sowie Alternativveranstaltungen ermöglicht hätte. Nach langer Wartezeit bekam letztlich eine Computerfirma den Zuschlag.

Am jetzigen Standort gibt es keine Erweiterungsmöglichkeiten, z. B. für einen gastronomischen Betrieb. Die anderweitige Nutzung bzw. Vermietung für Vorträge, Konzerte o. ä. (ein Notnagel, zu dem auch das Kinopolis greift), ist wegen der Raumaufteilung, Rauch-

verbot u. a. begrenzt.

Relativ neu ist die Änderung vom flexiblen zum festen Programm, was den Bedürfnissen der Zuschauer ebenso entgegen kommt wie die Verschiebung der Anfangszeiten zu Gunsten berufstätiger bzw. im Schichtdienst tätiger BesucherInnen.

Eintritts- und Getränkepreise liegen nach wie vor unter denen der Konkurrenz. Trotzdem ist manchen Besuchern nicht abgewöhnen, dass sie in unangebrachter Sparwut eigene Getränke mitbringen und damit selbst am Stuhl ihres Lieblingskinos sägen.

### Gegen den Strom

Kinos wie das Apollo betreiben eine Gratwanderung quer zur Kulturlandschaft, die sich im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage drastisch verändert hat. Wer heutzutage die Nase vorn haben will, muss das „event-management“ beherrschen, mit allen inflationär-selbsterstörerischen Folgen. Schnell, leicht verdaulich und vorzeigbar muss der Genuss sein, und der nächste gleich eine Stufe weiter, wodurch ein Abdriften in die Oberflächlichkeit unvermeidbar ist. Vorbei die Zeiten, da ein Kino monate- bis jahrelang von „Casablanca“, der „Rocky Horror Picture Show“, „Diva“ oder anderen unsterblichen Kultspektakeln leben konnte. Diese Kultfilme hat das Privatfernsehen ebenso vereinnahmt wie die Wiederholungen der Kinospielefilme. Das Publikum bleibt lieber im eigenen Sessel hocken. Von dort aus betrachtet, galoppieren die Pferde statt 10 m von links nach rechts nur noch 70 cm in der Diagonale, auf dem 16:9 Flatscreen für 8000 Mark. Das wären 800 Apollo-Besuche - 15 Jahre lang jede Woche einmal, oder 10 Jahre inkl. Popcorn und Getränk und echtem *Filmerlebnis*.

Ob wir in 10 Jahren noch ins Apollo gehen können, darüber entscheiden, so Kundy, die Besucher - „mit den Füßen“ - indem sie weiterhin kommen - oder wegbleiben. □

### Viele gute Gründe, die für das Apollo sprechen:

- ✓ **fachkompetentes Personal mit Zeit für jede/n einzelne/n Kunden/in**
- ✓ **familiäre Atmosphäre**
- ✓ **anständige Preise**
- ✓ **anspruchsvolles Programm**
- ✓ **Infomappe mit Hintergrundinfos für alle Besucher einsehbar**
- ✓ **Tradition und kulturelle Identität: einheimischer Betreiber erhält geschichtsträchtige Kulturstätte am Leben**
- ✓ **Nutzung für Kindergeburtstage, Hochzeiten u. a. mit Wunschfilm**
- ✓ **spezielles Angebot für Schulen und andere Gruppen**



**TV • Video • HiFi**  
 ist unsere Sache  
**Beratung Verkauf Reparatur**  
 Störtebakerstraße 3 - Edo-Wiemken-Straße 8  
 ☎ 93 29-0 Fax 93 29-19 ☑ rund ums Haus

# APOLLO PROGRAMMKINO

BISMARCKSTR. 206 • 26382 WILHELMSHAVEN • Tel.: 04421 - 219 05

**Oktober 2000**

|  |                       |   |
|--|-----------------------|---|
| So. 01. 10.  | 15.30                 | Kinderkino: Ferien auf Saltkrokan III: Das Trollkind            |
|  | 19.00 + 21.00         | Grasgeflüster   |
| Mo. 02. +<br>Mi. 04. 10.                               | 21.00                 | Grasgeflüster   |
| Di. 03. 10.  | 18.45                 | Schöne Venus  |
|  | 21.00                 | Grasgeflüster   |
| Do. 05. 10.  | 20.45                 | Luna Papa   |
|  | 23.00                 | Ed Wood-Special: Glen or Glenda                                 |
| Fr. 06. +<br>Sa. 07. 10.                               | 20.45                 | Luna Papa   |
|  | 23.00                 | Lang lebe Ned Devine!   |
| So. 08. 10.  | 15.30                 | Kinderkino: Ferien auf Saltkrokan III: Das Trollkind            |
|  | 20.45                 | Luna Papa   |
| Mo. 09. +<br>Mi. 11. 10.                               | 20.45                 | Luna Papa   |
| Di. 10. 10.  | 19.00                 | Lagrimas Negras   |
|  | 20.45                 | Luna Papa   |
| Do. 12. 10.  | 19.15                 | Dolphins  |
|  | 20.45                 | Im Juli   |
|  | 23.00                 | Ed Wood-Special: Ed Wood  |
| Fr. 13. +<br>Sa. 14. 10.                               | 19.15                 | Dolphins  |
|  | 20.45                 | Im Juli   |
|  | 23.00                 | Fight Club  |
| So. 15. 10.  | 15.30                 | Kinderkino: Pokémon   |
|  | 19.15                 | Dolphins  |
|  | 20.45                 | Im Juli   |
| Mo. 16. +<br>Mi. 18. 10.                               | 19.15                 | Dolphins  |
|  | 20.45                 | Im Juli   |
| Di. 17. 10.  | 18.15                 | Music of the Heart  |
|  | 20.45                 | Im Juli   |
| Do. 19. 10., Fr. 20. 10. + Sa. 21. 10. (16.00 + 18.00) |                       | <b>8. Internationales Festival des Kurzfilms Der Eisenstein</b> |
| Sa. 21. 10.  | 20.45                 | Im Juli   |
|  | 22.45                 | Clip Cult Vol. 1 - Exploding Cinema                             |
| So. 22. 10.  | 15.30                 | Kinderkino: Pokémon   |
|  | 20.45                 | Im Juli   |
| Mo. 23. +<br>Mi. 25. 10.                               | 20.45                 | Im Juli   |
| Di. 24. 10.  | 18.45                 | Crazy   |
|  | 20.45                 | Im Juli   |
| Do. 26. -<br>Sa. 28. 10.                               | 18.00 + 20.30 + 23.00 | Der Krieger und die Kaiserin                                    |
| So. 29. 10.  | 15.30                 | Kinderkino: Pippi Langstrumpf in der Südsee                     |
|  | 18.00 + 20.30         | Der Krieger und die Kaiserin                                    |
| Mo. 30. 10.  | 18.00 + 20.30         | Der Krieger und die Kaiserin                                    |
| Di. 31. 10.  | 17.45                 | Die Asche meiner Mutter   |
|  | 20.30                 | Der Krieger und   |

## ES HAT SICH WAS!

**MAL WIEDER IST VÖLLIG UNKLAR, WIE DEN DROGENKRANKEN GEHOLFEN WERDEN SOLL**

(noa) „Es tut sich was“, so überschrieben wir im Januar 1999 in unserer 150. Ausgabe unseren Bericht über die Einrichtung einer Methadon-Abgabestelle beim Diakonischen Werk. Nach der Schließung dieser Abgabestelle steht zu befürchten, dass sich nichts mehr tut.

Zum 18. September hat das Diakonische Werk die Verteilung des Drogenersatzstoffes Methadon an entzugswillige Junkies eingestellt. Lange und zähe Verhandlungen waren der Einrichtung damals vorausgegangen; Ärzte, Apotheker, Vertreter des Gesundheitsamts, der Diakonie und der Stadt hatten in einem Gesprächskreis diese Lösung ausgearbeitet, und alle hatten aufgetatmet, als es soweit war. Jetzt droht wieder dieselbe Situation wie vor zwei Jahren, als die Änderung der Betäubungsmittelverschreibungsverordnung der damals gängigen Praxis der Substitution drogenabhängiger Menschen mittels Codein durch den Wilhelmshavener Arzt Johann Janssen einen Riegel vorschob: Es könnte sein, dass ab Mitte Oktober niemand mehr den Kranken das verordnete Mittel gibt.

Johann Janssen schlägt jetzt Alarm: Seine Praxis war schon vor zwei Jahren mit dieser zusätzlichen Aufgabe völlig überfordert, und pünktlich zum 18. September standen die Junkies wieder bei ihm vor der Tür. Bis Ende September wollte er die Methadonabgabe noch vornehmen, da ihm klar war, dass innerhalb einer knappen Woche keine Lösung gefunden werden würde, aber ab 1. Oktober, so kündigte er an, sei Schluss. Damit bestünde für ca. 20 Patienten Lebensgefahr.

Janssen hat die Frist nun noch einmal verlängert, doch eine Dauerlösung ist die Nichtlösung des Problems nicht. Die Frage, die bei den Verhandlungen des Jahres 1998 nicht geklärt wurde, steht jetzt wieder an: Wer ist eigentlich zuständig für die Betreuung von Hartdrogenabhängigen? Ist es eine kommunale Aufgabe, also vom Gesundheitsamt zu

tun? Oder müssen die Ärzte tatsächlich eine über die rein medizinische Versorgung hinausgehende Betreuung leisten, für die sie nicht bezahlt werden? Ist es Aufgabe der Krankenversicherungen, die den Ärzten dann halt ein zusätzliches Honorar für die zusätzliche Arbeit geben müssten? Die Diakonie ist nicht gesetzlich, sondern bestenfalls ethisch verpflichtet („Diakonie – stark für andere“) – was natürlich nicht heißt, dass sie es umsonst täte; sie hat einen entsprechenden Vertrag, der auch kündbar ist.

Im Café Regenbogen, das vor einiger Zeit von der Börsenstraße in die Kurze Straße umgezogen ist, können Drogenabhängige sich aufhalten, Kaffee trinken, essen, von der „Wilhelmshavener Tafel“ gelieferte Lebensmittel in Empfang nehmen. Geplant war, auch das Methadon dort auszugeben. Doch dazu fehlt im Café ein wichtiges Möbelstück. Da ein unter das Betäubungsmittelgesetz fallender Stoff gelagert werden müsste und auch Geld den Besitzer wechseln würde, ist das Vorhandensein eines Tresors erforderlich. Die Sparkasse hat einen gespendet, doch der Diakonie-Vorstand hat die Aufstellung abgelehnt. □

**Gegenwind im Internet:**

<http://www.gegenwind-whv.de>

**Hier finden Sie auch die Artikel, die hier keinen Platz fanden. Es lohnt sich!!**

## GALERIE M im „Kunsthhaus“

**2. September – 31. Oktober 2000  
Begegnungen**

Künstler aus Osteuropa  
(Novokosketsk, St. Petersburg, Danzig)  
zu Gast in der Galerie M

**Alexander Suslow,  
Alexej Chmelewskoj,  
Wladimir May und Tadeusz Foltyn**  
(Malerei und Kleinplastik)

Zum Jubiläumsjahr Parallelausstellung vom 31.8.-21.9.2000 im Immobilien- und Finanzzentrum der Raiffeisenvolksbank Jever eG.

Die Ausstellungen werden gefördert durch die Raiffeisen-Volksbank Jever eG als Beitrag internationaler Kontakte.

Während der EXPO 2000 ist die Galerie täglich von 15 bis 18.30 Uhr geöffnet.

Galerie M im „Kunsthhaus“: Kanalstr. 43,  
Eingang: Weser-/Allerstr. Tel.: 04421/  
454104; Öffnungszeiten: Mi.-Do., Sa.- So.:  
15.30 - 18.30 Uhr oder nach Vereinbarung

## Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **6,10 %** bei  
100 % Auszahlung

Zinsfestschreibung: 10 Jahre  
anfänglich effektiver  
Jahreszins: 6,30 %

**Weitere Konditionen auf Anfrage**

Ihr Ansprechpartner:  
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

# AM KATZENTISCH

## JADE-WESER-PORT: AUCH MIT DEN INDIREKTEN ARBEITSPLÄTZEN SIEHT ES MAU AUS!

(jm) „Für die strukturschwache Region Jade-Weser-Raum ist das Projekt von Beginn an mit erheblichen Beschäftigungseffekten verbunden, die sich nach Erreichen der Auslastung der vorgeschlagenen ersten Phase (zwischen den Jahren 2013 und 2015, der Verf.) auf bis zu 3.600 Arbeitsplätze belaufen dürften.“

Lediglich diesen einen Satz aus der Kurzfassung der *Machbarkeitsstudie für einen Container- und Mehrzweckhafen in Wilhelmshaven* über die regionale Beschäftigungswirkung eines JadeWeserPorts hat die *Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung (WHV)* bislang für die Veröffentlichung freigegeben. Die Seiten 104 bis 136, in denen unter dem Kapitel *Wirtschaftliche Bewertung des Terminals* neben einer betriebswirtschaftlichen Analyse die *Regional- und gesamtwirtschaftlichen Aspekte des Projekts* behandelt werden, hat man vor Aushängung an die Umweltverbände aus der Kurzfassung entfernt!

Aber immerhin war man doch so großzügig, den *Jade-Weser-Raum* als das Gebiet offenzulegen, in welchem besagte Effekte später zum Tragen kommen sollen. Transportgeografisch wird dieser Raum durch das Viereck Bremerhaven, Bremen, Oldenburg und Wilhelmshaven umrissen. Angenommen, die für dieses Gebiet angekündigten 3.600 Arbeitsplätze wären realistisch, bleibt nur noch die Frage zu beantworten, wie sie sich anteilmäßig über den umrissenen Raum verteilen würden. Da die *WHV* diesbezügliche Informationen bedauerlicherweise unter Verschluss hält, bleibt einem nichts anderes übrig, als Material aus anderen, weniger verstopften Quellen zu schöpfen...

So gibt es nach einer Untersuchung des

*Instituts für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL)*<sup>1</sup> in Bremerhaven rund 9.500 hafenabhängige Arbeitsplätze. Wie aus Tabelle 1 zu ersehen, sind hier alle direkt und indirekt hafenabhängigen Arbeitsplätze Bremerhavens für 1997 erfasst. Deren Anzahl ist zwischen 1970 und 1997 von 24.765 auf 9.476 - also um 15.289 Beschäftigte (61,7%) gesunken! Die Anzahl der hafenunabhängig Beschäftigten fiel in diesem Zeitraum lediglich um 7,7%. Während der Anteil der hafenabhängigen Beschäftigung 1970 noch einen Anteil von 39% an der Gesamtbeschäftigung hatte, waren es 1997 noch 20,9%.<sup>2</sup> Dass dies nicht allein auf das Werftensterben zurückzuführen ist, belegt Tabelle 2.

| Bereich                              | Hafenabhg Beschäft. |              | Differenz     | Abnahme<br>in % |
|--------------------------------------|---------------------|--------------|---------------|-----------------|
|                                      | 1990                | 1997         |               |                 |
| See- und Küstenschifffahrt, Seehäfen | 3.472               | 2.783        | -689          | 19,8            |
| Spedition, Lagerei, Kühlhäuser       | 905                 | 292          | -613          | 67,7            |
| Öffentliche Verwaltung               | 3.072               | 1.794        | -1.278        | 41,6            |
| <b>Gesamt</b>                        | <b>7.449</b>        | <b>4.869</b> | <b>-2.580</b> | <b>34,6</b>     |

Tabelle 2: Beschäftigungsrückgang in drei Kernbereichen der hafenabhängigen Arbeitsplätze Bremerhavens zwischen 1990 und 1997

Obiger Abgleich mit einer Vorläuferstudie des *ISL* von 1990 zeigt an, dass die direkten und indirekten hafenabhängigen Beschäftigtenzahlen in drei auch für einen evtl. JadeWeserPort relevanten Bereichen innerhalb von acht Jahren zusammengenommen um 34,6%

abgenommen hat - und das, obwohl neben dem Containerumschlag auch der Autoumschlag in Bremerhaven am boomen ist. Und im Containersektor müssen auch zukünftig weitere massive Rationalisierungsmassnahmen durchgeführt werden, wenn man überleben will. (s. Artikel *Unrealistisches Zahlenwerk*, Gegenwind Nr. 161).

Nach einer anderen Untersuchung der Firma *PLANCO-Consult* aus dem Jahre 1998<sup>3</sup> gibt es insgesamt 99.000 Arbeitsplätze, im Sinne einer existenziellen Verbundenheit mit den bremischen Häfen. Davon existieren 49.500 in Bremen, 9.500 in Bremerhaven und 40.000 im Umland bzw. anderswo. Dieses Zahlenverhältnis gilt zwar für die hafengebundenen Tätigkeiten insgesamt. Das dürfte bei den Container gebundenen Tätigkeiten jedoch nicht viel anders sein - der Grund: Alle wirtschaftlichen und behördlichen Aktivitäten, die sich zwar auf die Häfen in Bremerhaven beziehen, finden jedoch außerhalb Bremerhavens statt. So ist z.B. ein großer Teil der Speditionsfirmen, Maklerbüros, Reedereinerlassungen, die über Bremerhaven aktiv sind, mit ihren Hauptstellen und dem Großteil

ihrer Beschäftigten in Bremen ansässig. Sie unterhalten in Bremerhaven lediglich kleine Büros. Ein anderes Beispiel ist die Vielzahl der Container Pack-, Service- und Reparaturbetriebe, die in Bremen ansässig sind, obwohl dort kaum noch Containerumschlag stattfindet.

Da entsprechende Untersuchungsergebnisse zum JadeWeserPort zurückgehalten werden, sei es erlaubt, folgende Rechnung aufzumachen:

Überträgt man die regionale Verteilung der mit den bremischen Häfen direkt und indirekt verbundenen Arbeitsplätze auf die 3.600 durch den JadeWeserPort bis zum Jahre 2015 angekündigten, dann würden die sich im *Jade-Weser-Raum* wie folgt verteilen:

- Bremen: 1.790-, Umland 1.460-, Wilhelmshaven: 350 Arbeitsplätze...

Es deutet somit einiges darauf hin, dass Wilhelmshaven - auch was die direkten und indirekten Beschäftigungseffekte zusammengenommen betrifft - den Platz am Katzentisch zugewiesen bekommen würde. □

1: *ISL: Quantifizierung der Hafengebundenheit der Bremerhavener Wirtschaft, Mai 1999*

2: Quellen: *Dannemann: Die Hafengebundenheit der Bremischen Wirtschaft und Lüneburg, Dannemann, Lörcher: Ökonomische und fiskalische Bedeutung der Häfen für Bremen*

3: *PLANCO-Consulting GmbH: Regional- und Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Bremischen Häfen, Mai 1998 - Kurzfassung*

| Wirtschaftszweige   | Arbeitnehmer (Anz.) |              | Quote (%)   |
|---|---------------------|--------------|-------------|
|   | Gesamt              | Hafenabh.    |             |
| Hochsee-, Küsten-, Binnenschifffahrt  | 131                 | 131          | 100         |
| Steine, Erden, Feinkeramik  | 236                 | 118          | 49,9        |
| Stahl- u. Leichtmetallbau   | 494                 | 123          | 24,9        |
| Montage u. Reparatur von Lüftungs-, Wärme- und gesundheitstechnischen Anlagen | 561                 | 266          | 47,5        |
| Schiffbau   | 868                 | 824          | 94,9        |
| Feinmechanik, Optik, Uhren  | 474                 | 111          | 23,5        |
| Bearbeitung u. Herstellung v. Schmuckwaren                                    | 17                  | 4            | 21          |
| Holzbe- und -verarbeitung   | 246                 | 132          | 53,8        |
| Fischverarbeitung   | 1.964               | 1.958        | 99,7        |
| Bauhauptgewerbe   | 1.479               | 248          | 16,8        |
| Binnenschifffahrt, -wasserstrassen u. -häfen                                  | 43                  | 43           | 100         |
| See- u. Küstenschifffahrt, Seehäfen   | 2.786               | 2.783        | 99,9        |
| Spedition, Lagerei, Kühlhäuser  | 903                 | 292          | 32,3        |
| Sonst. Dienstleistungen in freien Berufen und privaten Unternehmen            | 1.596               | 332          | 20,8        |
| Organisationen des Wirtschaftslebens  | 643                 | 316          | 49,1        |
| Öffentliche Verwaltung  | 3.525               | 1.794        | 50,9        |
| Beschäftigte in hafenunabhängigen Branchen                                    | 29.278              | 0            | 0           |
| <b>Summe Gesamt</b>   | <b>45.244</b>       | <b>9.475</b> | <b>20,9</b> |

Tabelle 1: Hafengebundenheit Wirtschaftszweige und Quote der Hafengebundenheit dieser Wirtschaftszweige im Jahre 1997

# ES GEHT WEITER...

## ...WIE VOR DEM SOMMER? – BESSER NICHT!

(noa) Nach jahrelanger Enthaltensamkeit war die „WZ“ mal wieder bei einer Mitgliederversammlung des DRK-Kreisverbandes Wilhelmshaven. Dass die Ära Albers beendet ist, wissen unsere LeserInnen, die auch die „WZ“ lesen, also schon, und ebenso, dass der Justitiar Debring für das Amt des 1. Vorsitzenden hatte kandidieren wollen und nach lautstarken Protesten aus der Versammlung verzichtete und Justitiar blieb.

In dieser Eigenschaft musste er schon bald nach der Mitgliederversammlung zum Schiedsgericht nach Oldenburg, wo fünf Personen, die 1999 auf der Hauptversammlung ausgeschlossen worden waren (siehe dazu GEGENWIND 161, „Schonkomisch“), für die Annullierung dieses Ausschlusses und damit für Wiederherstellung ihrer Mitgliederrechte stritten. Debrings Vergleichsvorschlag, die fünf könnten ab 1.10. für einen Beitrag von 1,-DM/Monat Fördermitglieder werden, lehnten die Antragsteller entschieden ab, denn damit hätten sie die Rechtmäßigkeit des damaligen Ausschlusses anerkannt.

Ihr Ziel war es, feststellen zu lassen, dass der Vorstand im November 1999 satzungswidrig gehandelt hatte, als er sie (und einige weitere Personen) zu Beginn der Veranstaltung des Saales verwies und behauptete, sie seien laut Satzung keine Mitglieder mehr. Ihr darüber hinausgehendes zweites Ziel bestand darin, auch die 1999er Mitgliederversammlung samt Wahlen sowie die jüngste Jahreshauptversammlung für ungültig erklärt zu bekommen. Das hätte bedeutet, dass der Vorstand, der am 13. September fast komplett zurückgetreten ist, gar nie im Amt gewesen wäre, dass er folglich jetzt nicht zurückgetreten wäre, dass der jetzt gewählte Vorstand nie gewählt worden wäre... Man hätte den Kalender um ein Jahr zurückdrehen und noch einmal von vorn beginnen müssen... Wir überlassen es der Fantasie der LeserInnen, was alles gewesen wäre.

Den zweiten Punkt weiter zu verfolgen, das hätte sich sehr in die Länge gezogen; nach dem Schiedsgericht des DRK hätten „weltliche“ Gerichte bemüht werden müssen, es wäre für alle Beteiligten teuer geworden, und die fünf Antragsteller hätten als Querulanten dagestanden. Die Hauptsache für sie war, das ursprüngliche Unrecht zu beseitigen, und so schlugen sie dem Schiedsgericht ihrerseits einen Vergleich vor, den Debring für das DRK dann auch annahm: Der Ausschluss ist ungültig, sie sind (und waren ununterbrochen) DRK-Mitglieder mit allen Rechten (wenn sie diese Rechte bei zwei Mitgliederversammlungen nun auch nicht wahrnehmen konnten), und sie können sich entscheiden, ob sie aktive oder fördernde Mitglieder sein wollen. Vor allem aber musste Debring sich im Namen des Vorstandes für die ungerechte Behandlung im November 1999 entschuldigen und sein Bedauern ausdrücken.

Der „WZ“-Artikel über die Mitgliederversammlung trug die Überschrift „DRK: Im

Herbst weiterarbeiten wie vor dem Sommer“. Nun, was das angeht, hoffen nicht nur die fünf, die jetzt wieder dabei sind, sondern viele weitere DRK-Mitglieder und -mitarbeiter, dass es nicht weitergeht wie vor dem Sommer. Denn das würde auch bedeuten, dass DRK-Angehörige während der Dienstzeit bei Theo Albers den Zaun flicken, dass der Dosen-Einpotf bei DRK-Veranstaltungen aus Theo Albers' Restaurant geliefert wird, dass Vorstandmitglieder Einsatzfahrzeuge privat nutzen und dass die Räumung der Wohnung eines Vorgesetzten mit einem Katastrophenschutzfahrzeug des DRK vorgenommen wird. □



**Die Pallas-Havarie** darf sich vor Wilhelmshaven nicht wiederholen. Aus diesem Grund stellte die Wilhelmshavener CDU einen Antrag an den Rat der Stadt Wilhelmshaven zur Bereitstellung eines leistungsfähigen Hochseeschleppers für die Deutsche Bucht, „der die betagte Oceanic mittelfristig ablösen muss.“ Wilfried Adam, SPD-Hafenexperte, warnte davor, mit solchen Anträgen einen falschen Eindruck entstehen zu lassen. „Die Schifffahrtswege im Tiefwasserhafen Wilhelmshaven sind sicher“, so Adam. Ob mit dieser Sicherheit der Wasserstrassen auch jedes menschliche Versagen einer Schiffscrew ausgeschlossen ist, ist uns nicht bekannt. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaftsangelegenheiten verwiesen. (ft)

**Ein Expo am Meer-Flop** ist der Dünen-spielgarten am Banter See nach Meinung der CDU-Fraktion. Deshalb wurde die Aufstellung des Bebauungsplan zum Dünen-spielgarten nur mit knapper Mehrheit gegen die CDU beschlossen. Die Mehrheitsgruppe um die SPD hält den Bebauungsplan für erforderlich, um eine nachhaltige Standortsicherung zu schaffen und die derzeit befristet genehmigte Anlage in die „Freizeitangebotsstrukturen“ einzubinden. „Im Zeichen des Jadeports“ sollte die Fläche, auf der „nur die Kinder der BetreuerInnen spielen“, nach Meinung der CDU nicht festgeschrieben werden. Gedacht ist hier wohl an eine Umsiedlung der Camper vom Geniusstrand. (ft)

**Das Gymnasium am Mühlenweg** heißt jetzt auch offiziell „Gymnasium am Mühlenweg“. Für diesen Namen, der bisher nur ein Arbeitstitel war, (offizielle Amtsbezeichnung bisher war Gymnasium Mühlenweg 63), entschied sich die Gesamtkonferenz der Schulen. „Damit wurden die Erwartungen des Rates und der Bürger Wilhelmshavens nicht erfüllt“, so der CDU-Ratscherr Friedrich. Von der CDU wurde ein programmatischer Name erwartet. Zur Diskussion stand zum Beispiel „Geschwister-Scholl-Gymnasium“. Dass die Gesamtkonferenz nicht sehr phantasievoll in der Namensgebung war, bemängelte auch Werner Biehl von den Grünen. „Zwei große Namen, (Humboldt und Max Planck, Anm. der Red.), wurden zu einer geographischen Ortsbezeichnung“, so Biehl weiter. Dem Wunsch der Schulen wurde trotzdem nachgegeben und der Beschlussvorlage einstimmig zugestimmt. (ft)

**Die Republikaner**, durch den Ratscherr Dieter Jochade mit einem Sitz im Rat der Stadt vertreten, bestimmten den Tagesordnungspunkt „kleine Anfragen“ ganz alleine. Wissen wollten die Rechten, ob durch die Gesetzesänderungen der neuen Bundesregierung Mehrausgaben für Asylbewerber durch die Stadt Wilhelmshaven entstehen, und wie es mit den Auswirkungen des neuen Einbürgerungsgesetzes von Rot/Grün aussieht. Verlangt wurde unter anderem eine detaillierte Aufstellung aus welchen Ländern, wieviel ausländische Mitbürger nach Wilhelmshaven kommen. Es hat den Eindruck, dass hinter den Anfragen eine bundesweite Kampagne

steckt, denn Ratscherr Jochade konnte die nicht unbedingt auf Wilhelmshaven bezogenen Fragen nicht einmal fehlerfrei vortragen, weil er seine „Lesebrille vergessen“ hatte. (ft)



# Neuerscheinung



Thomas Ebermann  
und  
Rainer Trampert

Verpasst Deutschland  
den Anschluss?

Thomas Ebermann  
und  
Rainer Trampert  
Verpasst Deutschland  
den Anschluss?  
2000, 2 CDs  
DM 27,80/öS 203.-/  
sFr 26,-  
ISBN 3-935240-00-7

verlag **die brotsuppe**

verlag die brotsuppe  
Postfach 1317  
D-79303 Emmendingen  
Telefon 07641-93 47 40  
Telefax 07641-93 47 41  
diebrotsuppe@t-online.de

verlag **die brotsuppe**